

Jürgen Mittag

Die soziale Frage als Nährboden des Rechtsextremismus? Internationale Entwicklungen und Reaktionen im Kontext der Arbeiterbewegungen

(Konferenzbericht der 42. Linzer Tagung, Linz 14.–17.9.2006 „ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus“)

In den letzten beiden Dekaden kann sowohl inner- als auch außerhalb Europas ein verstärktes Auftreten rechtsextremer Tendenzen beobachtet werden, das sich nicht zuletzt in vermehrter Aktivitäten rechtsradikaler Gruppierungen niederschlägt und zu besorgten Stimmen über den Zustand der liberalen Demokratie geführt hat. Die „Revitalisierung“ rechtsextremer Ideologien, Bewegungen und Parteien in der Gegenwart hat die „Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen“ zum Anlass genommen, sich nicht nur mit der Frage auseinander zu setzen, welche Positionen Arbeiter und Arbeiterbewegungen gegenüber dem Rechtsradikalismus bezogen haben, sondern auch zu untersuchen, mit welchen Strategien ihm entgegen getreten wurde. Der Ansatz der letzten Jahre – historische Erfahrungen und aktuelle Entwicklungen in Beziehung zu stellen – bildete auf der 42. Linzer Tagung abermals das leitende Strukturprinzip. Mit dem Ziel, eine vergleichende Perspektive zu entfalten, zielte die Konferenz aber nicht nur diachron auf einen längsschnittartigen Vergleich, sondern auch ländervergleichend, über den deutschsprachigen Raum hinaus, auf Entwicklungen in Europa und anderen Kontinenten. Die vom Berliner Historiker Jürgen Hofmann und vom Leiter des Bonner Archivs für soziale Demokratie, Michael Schneider, federführend konzipierte Tagung wendete sich damit einmal mehr aktuellen Zeiterscheinungen zu, die im historischen Kontext – international vergleichend – verortet wurden.

Historische Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus

In seinem einleitenden Vortrag skizzierte Jürgen Hofmann zunächst überblicksartig die Bandbreite rechtsextremer Erscheinungsformen im 20. Jahrhundert. Den definitorischen Kern seines Überblicks bildeten Erscheinungsformen, die durch einen aggressiven Nationalismus und Rassismus sowie durch antiliberale, pluralismusfeindliche, antisozialistische Orientierungen und autoritäre Strukturen gekennzeichnet sind. In diesem Zusammenhang räumte Hofmann aber ein, dass eine derartige Begriffsbestimmung von Rechtsradikalismus durchaus Probleme bereitet, da sie eher auf Merkmalen und Zuschreibungen basiert, denn auf analytischen Kategorien; dies um so mehr, da sich die hier vorgenommenen Zuschreibungen auch auf andere politische Phänomene projizieren lassen und nicht zuletzt die Differenzierung zwischen Rechtsradikalismus und Faschismus vage bleibt. Mit Blick auf das Verhältnis von Faschismus und Rechtsradikalismus einerseits sowie Arbeiterschaft anderer-

seits verwies Hofmann auf zahlreiche Versuche, die Arbeiter an den Staat zu binden und zugleich propagandistisch oder gewaltsam gegen linke Parteien vorzugehen – eine Strategie, die für die erste Hälfte des 20. Jahrhundert in zahlreichen Staaten auszumachen ist, nicht nur in Europa, sondern etwa auch in Chile, wo 1932 eine nationalsozialistische Regierung an die Macht kam, in Peru, wo die Schwarzhemden faschistische Vorbilder in Spanien imitierten, oder in Mexiko, wo sich die Goldhemden von General Rodriguez mit Gewaltmaßnahmen in die politischen Auseinandersetzungen einmischten.

Während rechtsextreme Bewegungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst weitgehend als diskreditiert galten, war in den 1960er und 1970er Jahren, unter dem Signum von nationalen Sammlungsbewegungen, eine Rückkehr des Rechtsextremismus auszumachen. Beispielhaft für die Bandbreite an rechtsextremen Tendenzen dieses Zeitabschnitts stehen die NPD in Deutschland, der Front National in Frankreich, die Alleanza Nazionale in Italien, die britische Skinheadbewegung sowie die FPÖ, die unter Jörg Haider in den 1980er Jahren breiten Zulauf in Österreich erhielt. In Osteuropa gelang es vor allem nach 1989 rechtsextremen Gruppierungen, die Bevölkerung zu mobilisieren. Im Verlauf seiner „tour d’horizon“ präsentierte Jürgen Hofmann die These, die im weiteren Verlauf zum Leitmotiv der Tagung avancieren sollte: Insbesondere die Erfahrungen von historischen Umbruchsituationen und sozialen Spannungen – wie sie gegenwärtig vor allem in Globalisierungstendenzen und einer zunehmenden Orientierung am ökonomischen Denken zum Ausdruck kommen – haben dazu beigetragen, dass der Rechtsradikalismus verstärkten Zuspruch unter Arbeitern erzielen konnte, auch wenn diese nie gänzlich vereinnahmt wurden.¹

Michael Schneider, der das Standardwerk zum Thema „Arbeiter und Arbeiterbewegung im Dritten Reich“ verfasst hat,² richtete den Blick auf die Jahre zwischen 1933 und 1945, indem er in seinem Vortrag die Frage aufwarf, ob die Nationalsozialisten ohne die Vereinnahmung der Arbeiter sich politisch überhaupt dauerhaft hätten behaupten können. Eine historiographisch zufrieden stellende Antwort auf diese Frage sei jedoch nur schwer zu liefern, da die überlieferten Quellen nicht zwischen einzelnen Gruppen abhängig Beschäftigter differenzieren. Generell könne aber festgehalten werden, so Schneider, dass den Arbeitern der janusköpfige Charakter des Nationalsozialismus durchaus bewusst gewesen sei und dass sie die „Umwerbungsstrategie“ des Regimes im Rahmen der Volksgemeinschaftsideologie ebenso wie die ausgeübten Repressalien deutlich erkannt hätten. Als Reaktion der Arbeiterschaft sei zu beobachten, dass Bummeleien und Krankfeiern zwar messbar zunahm, dies jedoch nur begrenzt als kollektive Widerstandsform zu interpretieren sei. Von gewaltförmigen Protesten der Arbeiter im Ganzen könne – auch wenn der Anteil an politischer Gegnerschaft zum Regime hier überproportional hoch war – noch weniger die Rede sein. Ebenso

1 Analogien zu dieser These finden sich auch jüngst auch bei Gerhard Besier: *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2006.

2 Michael Schneider: *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 12)*, Bonn 1999.

wie andere Berufsgruppen waren die Arbeiter in die Massenorganisationen integriert – als Rückzugsorte dienten die Familie oder das persönliche Umfeld, das gegen das NS-System immunisierte.

Mit Blick auf die Durchsetzung des Nationalsozialismus in Österreich machte der Wiener Zeithistoriker und Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts Gerhard Botz einige wesentliche Abweichungen von der deutschen Entwicklung aus. In Österreich konnte der Nationalsozialismus zunächst vor allem unter öffentlichen und privaten Angestellten Anhänger finden. Erst nach der Weltwirtschaftskrise gelang es ihm, auch verstärkt Arbeiter an sich zu binden, was zu Anstrengungen führte, alle Berufsgruppen innerhalb der nationalsozialistischen Partei proportional abzubilden. Dies gelang jedoch nur in Ansätzen, da die NSDAP auch in Österreich zwar im Sinne Otto Kirchheimers zu einer „catch-all-party“ wurde, zugleich aber – so Botz – die einzelnen sozialen Schichten im Mitgliederamt höchst unterschiedlich integrierte. Während Angestellte und Beamte überproportional zum Bevölkerungsanteil repräsentiert waren, gelang den Nationalsozialisten unter Bauern und Industriearbeitern nur eine unterdurchschnittliche Mobilisierung.

Rechtsradikalismus und Arbeiter in der europäischen und internationalen Geschichte

Als Kontrapunkt zu den bis dahin vor allem auf den deutschen Sprachraum fokussierten Referaten behandelten die Beiträge der zweiten Sektion historische Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus in anderen europäischen Staaten. Der an der Universität Bologna lehrende Zeithistoriker Luigi Ganapini zeigte in seinem Beitrag, wie stark die Gewerkschaften im faschistischen Italien von Mussolini instrumentalisiert wurden. Auf den Grundlagen eines traditionell korporatistischen Systems wurde der italienische (Staats-)Syndikalismus weitgehend in die faschistische Ideologie integriert. Vor allem unter den revolutionären Arbeitern gelang es den italienischen Faschisten, beträchtliche Erfolge zu erzielen. Gleichwohl, so Ganapini, spielten die Gewerkschaften lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle für das Regime; erst als der italienische Faschismus bereits mit dem Rücken zur Wand stand, rückten die Gewerkschaften wieder verstärkt in das Blickfeld, worin jedoch nicht viel mehr zu sehen sei, als ein letzter verzweifelter Versuch, das Überleben des Regimes zu sichern.

Das nachfolgende Referat von László Marjanucz, Direktor des Historischen Instituts der Universität Szeged, richtete den Blick ebenfalls auf den Zeitraum der 1920er bis 1940er Jahre. Untersucht wurde von Marjanucz die politische Orientierung von Arbeitern im Süden Ungarns im Spannungsfeld zwischen Sozialdemokratie und rechtsradikalen Pfeilkreuzlern. Der politische Kampf um die Unterstützung der Arbeiter – vor allem um das Heer der landlosen Tagelöhner im Agrarsektor – stellte bereits in den 1920er Jahren ein zentrales Konfliktfeld dar. Als zu Beginn der 1930er Jahre die autoritäre ungarische Regierung unter Miklós Horthy den Sozialdemokraten die – zunächst gewährte – Interessenvertretung der Landarbeiter untersagte, war die SDP gezwungen, sich aus der Arbeit auf dem Lande zurückzuziehen und ihre dort aufgebauten Organisationsstrukturen aufzugeben. In dieses Vakuum stießen rechtsradikale Parteien vor. Bis zu den letzten parlamentarischen Wahlen vor Kriegs-

ausbruch gelang es der Pfeilkreuzler-Bewegung, in den Dörfern Südungarns eine Mehrheit zu erobern und Teile der sozialdemokratischen Organisation zu übernehmen. László Marjanucz sieht eine wesentliche Ursache des Erfolgs der Pfeilkreuzler-Bewegung in der erfolgreichen Selbststilisierung als „wahre oppositionelle Arbeiterpartei“, die vor allem der Forderung der weitgehend verarmten Tagelöhner auf Land Gehör verschaffte.

Im letzten Referat dieser Sektion beleuchtete der an der britischen University of Teesside lehrende Nigel Copsey den Einfluss des Rechtsradikalismus auf Arbeiter in Großbritannien und den Vereinigten Staaten in der Zwischenkriegszeit. Mit Blick auf die Entwicklung in den USA zeigte Copsey, dass die Rechtsextremisten in Amerika vor allem von ethno-pluralistischen Anschauungen geprägt wurden. Die Zustimmung zum Rechtsradikalismus blieb insgesamt jedoch begrenzt – auch unter den Arbeitern. Selbst im Zentrum des Rechtsradikalismus, in New York City, gab es nur geringe Unterstützung für den Faschismus. Auftrieb erhielt der amerikanische Rechtsradikalismus nicht zuletzt durch die Aktivitäten von Deutschen in den USA. Im Gegensatz dazu zeigten sich die Konturen des britischen Rechtsradikalismus erst durch die Aktivitäten Oswald Mosleys schärfer. Die von ihm geführte British Union of Fascists hatte zu Beginn der 1930er Jahre rund 34.000 Mitglieder, darunter auch zahlreiche Arbeiter, was von Copsey nicht zuletzt mit der latent sozialistischen Rhetorik des früheren Labour-Ministers Mosley erklärt wurde.

Rechtsradikalismus in Siedlerstaaten

Der internationalen Zielsetzung der Linzer Konferenz folgend richtete sich der Blick der nächsten Sektion auf außereuropäische Entwicklungen. Im Mittelpunkt standen dabei Staaten mit größeren Siedlungsbewegungen. Lorenzo Veracini, Forscher an der Australian National University in Canberra, ging in seinem Beitrag auf einige dieser Siedlerkolonien ein. Die Kolonien mit ihren sehr unterschiedlichen und oftmals stark idealistischen Zivilisationsvorstellungen weckten auch das Interesse europäischer Rechtsextremisten, die – wie Veracini am Beispiel Afrikas verdeutlichte – sich in einigen Fällen zur Vorhut des Faschismus entwickelten.

Wessel Visser, der als Sozialhistoriker an der Universität Stellenbosch in Südafrika lehrt, zeigte im Anschluss in einem historischen Längsschnitt, dass es in der südafrikanischen Arbeiterbewegung stets auch einen rechten Flügel gab, der nicht zuletzt in der Idee eines souveränen afrikanischen Volkstaats wurzelte. Der Streik der Bergarbeiter, der letztlich 1922 – im Sinne der „weißen“ Arbeiter – zum Wahlsieg der Parlamentsmehrheit von National Party und South African Party führte, trug wesentlich dazu bei, dass die Privilegien der „weißen“ Arbeiter gestärkt wurden. Die Gegensätze zwischen den Rassen wurden in der Folge so stark zementiert, dass man auch unter Gewerkschaftern nicht bereit war, über die Assimilierung anderer Rassen zu sprechen. In den nachfolgenden Jahrzehnten spielten die in der South African Confederation of Labour vertretenen Gewerkschaften nur eine untergeordnete Rolle, unterstützten aber konsequent die seit 1948 regierende „gereinigte“ National Party (Nasionale Party), die eine konsequente Apartheidspolitik vertrat. In den 1970er Jahren, im Zusammenhang mit dem sukzessiven Abbau der Rassentrennung und der Anerken-

nung von „schwarzen“ Gewerkschaften, kam es zu einer neuerlichen Offensive rechtsgerichteter Aktivitäten in der Arbeiterbewegung. Eine tragende Rolle spielten hierbei nicht zuletzt Bergarbeiter, die darauf hin wirkten, dass bei dem sich abzeichnenden Ende der Apartheid Anstrengungen unternommen wurden, übergreifende „weiße“ Gewerkschaften zu formieren, und die sogar forderten, sich gemeinsam mit rechtsextremen Parteien wie der *Herstigte Nasionale Party* (Reformed National Party) gegen die drohenden Veränderungen zu stemmen.

Für das Fallbeispiel Argentinien verwies Daniel Lvovich von der *Universidad Nacional de General Sarmiento* in Buenos Aires auf zwei zentrale Strömungen des Rechtsextremismus. Während die eine eher im Konservativismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts wurzelte, soziale Spannungen auf die Propaganda ausländischer Agitatoren zurückführte und dementsprechend ein rigoroses Durchgreifen des Staates in Argentinien forderte, kann die zweite als „revolutionäre Rechte“ der 1930er Jahre bezeichnet werden. Hier zu verortende Organisationen wie die *Alianza de la Juventud Nacionalista* beriefen sich ebenfalls auf die katholische Kirche, betonten ansonsten aber vor allem antikapitalistische Positionen. In der Auseinandersetzung mit der traditionellen Linken setzte man in diesem Spektrum auch auf die Gründung eigener Gewerkschaften. Teile dieser „revolutionären Rechten“ arrangierten sich später mit dem Peronismus. Grundsätzlich verlor der Rechtsextremismus durch den Peronismus der 1940er und 1950er Jahre jedoch deutlich an Bedeutung.

Rechtsradikalismus, Arbeiter und Arbeiterbewegung in Europa nach 1945

Die Wiederentdeckung der sozialen Frage bildete auch den Ausgangspunkt des Referats des Magdeburger Konfliktforschers Fabian Virchow. Im Zentrum seiner Ausführungen stand die zunehmende Tendenz der NPD und ihres Umfelds, sich als Hort des Anti-Kapitalismus zu inszenieren und als Anwalt der „kleinen Leute“ – bisweilen auch explizit der Arbeiter – aufzutreten. Diese bis heute anhaltende Strategie geht vielfach einher mit massiver Kritik an den als marxistisch oder internationalistisch abgestempelten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung und ihrem Führungspersonal. Zum Hauptthema wird immer häufiger das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit erhoben. Das Kalkül der Rechtsextremen zeigt sich nicht zuletzt im Schüren von Befürchtungen hinsichtlich sich verschärfender sozialer Problemlagen. Hier ist etwa der lautstarke Protest gegen eine „Politik des sozialen Kahlschlags“ und die Privatisierung anzuführen. Propagiert wird dieser Protest sowohl inner- als auch außerhalb des Parlaments. Etwaige Alternativen werden von den Rechtsextremisten hingegen kaum angeboten, da – so Virchow – Ansätze zu rechtsextremen Gewerkschaftsgründungen nicht erfolgreich waren und man sich infolgedessen in erster Linie als „Massenbewegung im Wartestand“ geriere.

Mit Blick auf die französische Entwicklung zeichnete der Pariser Historiker Sylvain Crépon ein leicht modifiziertes, im Kern aber ähnliches Bild. Vor allem der populäre Slogan der Jugendorganisation des *Front National* „Ni droite ni gauche, Français!“ habe zu Beginn der 1990er Jahre erhebliche Aufmerksamkeit gefunden, da er in Verbindung zur sozialen Frage gestellt wurde. In Abkehr von der zuvor geübten – vor allem noch auf die Algerienfrage

bezogenen – Politik habe der Front National in den 1990er Jahren begonnen, sich verstärkt für soziale Angelegenheiten zu interessieren, und mit massiven Attacken gegen die NATO, die kulturelle US-Orientierung, aber auch gegen Großunternehmer vorherrschende Ressentiments bedient. Vor allem bei Präsidentschaftswahlen fand diese Politik auch auf dem Stimmzettel ihren Niederschlag, während Versuche, die Gewerkschaften für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren, im Sande verebten. Crépon zufolge kam es damit zu einem Wechsel in der sozialen Zusammensetzung rechtsextremistischer Wähler und Parteimitglieder. Dominierten zu den Poujade-Zeiten noch Bauern, Handwerker und Händler, so rekrutiert der Front National seine Unterstützung nunmehr maßgeblich aus den Reihen der Arbeitslosen.

Eine weitgehend abweichende Entwicklung dokumentierte das Referat des griechischen Historikers Lampros Flitouris von der Universität Ioannina. Aufbauend auf den Ideen zur nationalstaatlichen Einigung und geprägt durch den Gegensatz zwischen Monarchie und Parlamentarismus, die Zeitphase der politischen Diktatur sowie die Dichotomie von Kommunismus und Antikommunismus – nicht zuletzt in der Zeit des Kalten Kriegs – erzielten im weitesten Sinne rechtsextreme Bewegungen erhebliche Wirkung; dies zunächst jedoch kaum unter den Arbeitern, auch weil Griechenland bis weit in die 1960er Jahre nur zu einem geringen Grade industrialisiert war. Demgegenüber kamen rechtsextreme Positionen in den letzten Jahren vor allem im Protest gegen Einwanderer und die Europäische Union sowie in religiösen und ethnischen Spannungen verstärkt zum Ausdruck. Vor allem die Unabhängigkeit Makedoniens und die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei bildeten einen geradezu idealen Nährboden für das Anwachsen rechtsextremer Tendenzen. Forciert durch die Berichterstattung in Teilen der Medien zeigen diese Entwicklungen mittlerweile auch Auswirkung auf die Arbeiterschaft. In Verbindung mit sozialen Spannungen, dem Zuzug von Immigranten und aufgrund der problematischen Lebensumstände, insbesondere in Athen oder Thessaloniki, bietet diese Konstellation Parteien wie der rechtsnationalen und religiösen LAOS (Laikós Orthódoxos Synagermós/Orthodoxe Volkszusammenkunft) eine Grundlage.

Rechtsradikalismus in den Transformationsstaaten Osteuropas

Im Mittelpunkt der letzten Sektion der Linzer Tagung stand eine vergleichende Betrachtung des Rechtsextremismus in Osteuropa seit 1989. Der Freitaler Osteuropahistoriker Karl-Heinz Gräfe erinnerte in seinem Referat zunächst daran, dass sich die faschistischen Bewegungen und die nationalistischen Regime Osteuropas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Regel auf nationale Unternehmer und die bäuerliche Bevölkerung sowie das Militär gestützt hatten. Das nur schwach entwickelte industrielle und ländliche Proletariat wurde hingegen kaum erreicht. In der kommunistischen Ära spielten rechtsextreme Bewegungen nur eine untergeordnete Rolle, obgleich Antisemitismus und Nationalismus latente Phänomene blieben. Erst nach dem Systemwandel 1989 konnten sich indes neofaschistische oder rechtsextreme Organisationen formieren, die gezielt an das Erbe der Zwischenkriegszeit anknüpften. Einhergehend mit einer allgemeinen Abrechnung mit dem Staatssozialismus

und aufbauend auf der Orientierungslosigkeit der Umbruchszeit, trugen diese Bewegungen zum Erfolg solcher rechtsextremer Parteien bei, die zum Teil unverhohlenen antisemitische Parolen vertraten. Begünstigt wurde diese Entwicklung noch durch den wirtschaftlichen Transformationsprozess, der durch die Anträge osteuropäischer Staaten auf eine EU-Mitgliedschaft und den damit verbundenen wirtschaftlichen Anpassungsprozess noch verschärft wurde. In Staaten wie Polen oder der Slowakei gelang es rechtsextremen Parteien zeitweilig, erheblichen Einfluss zu erzielen, „salonfähig“ zu werden und zum Teil sogar in die Regierung einzuziehen. Diese Parteien vermochten jedoch nie, das Wählerpotenzial in den Zentren der Industriearbeit gänzlich für sich zu reklamieren.

Mariana Hausleitner, zurzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians Universität München tätig, vertiefte die Beobachtungen Karl-Heinz Gräfes durch Hinweise auf die Rezeption des rumänischen Rechtsextremismus in der Zeit vor 1945. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten die Rechtsextremisten vor allem unter der Agrarbevölkerung Rumäniens Zustimmung gefunden. In den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten präsentierte sich hier indes ein differenziertes Bild. Vor allem der 1938 ermordete Führer der rechts gerichteten so genannten Eisernen Garde, Corneliu Codreanu, erfuhr nach 1989 geradezu eine Renaissance. Nicht zuletzt Studierende reklamierten Codreanus Kritik an der schlechten Finanzlage der Universitäten für sich und zogen Parallelen zur rumänischen Gegenwart. Die „Partei Großrumänien“ setzte sich hingegen für die Rehabilitierung von Marschall Ion Antonescu ein, der 1940 an die Macht gekommen war und jene ethnische „Säuberung“ zu verantworten hatte, der über eine Viertelmillion Juden und Roma zum Opfer gefallen waren. Seine Hinrichtung durch die Kommunisten nach dem Krieg führte dazu, dass er mehr als vierzig Jahre später zum Gegner des Sozialismus stilisiert wurde und sogar Straßen nach ihm benannt wurden. Erst in jüngster Vergangenheit, im Rahmen der NATO und EU-Beitrittsverhandlungen, wich diese Sicht einer kritischeren Perspektive. Hierzu trug u.a. auch bei, dass eine internationale Historikerkommission unter der Leitung des prominenten Schriftstellers und Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel die Verbrechen Antonescus einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machte. Der Kommissionsbericht, so Hausleitner, wurde aber dadurch konterkariert, dass einige der bekanntesten Verteidiger Antonescus – nicht zuletzt aus der „Partei Großrumänien“ – mit Staatsorden dekoriert wurden. Nachdem die Partei sich aber zu einem halbherzigen Schuldbekennntnis bereit erklärt hatte, verschwand dieses Thema vorläufig aus den rumänischen Schlagzeilen.

Erfahrungen aus der Praxis – Neuer Rechtsradikalismus?

Ergänzt wurden die wissenschaftlichen Sektionen der Linzer Tagung um eine von der ÖRF-Redakteurin Wildtrud Hackl moderierte Podiumsdiskussion, die das Thema stärker im Kontext des politischen Alltags verortete. Den Ausgangspunkt der Debatte bildete das Statement des Historikers Horst Helas von der Rosa Luxemburg-Stiftung, der betonte, wie stark sich in Deutschland die NPD – ergänzend zur bis dahin dominierenden Ausländerfeindlichkeit der Partei – die neue soziale Frage in jüngster Zeit auf die Fahnen geschrieben habe. Es

sei, so Helas, geradezu ein Aufbruch traditioneller Orientierungen auszumachen. Marcus Meier von der Universität Marburg ergänzte diese Beobachtung um den Hinweis, dass unter Gewerkschaftsjugendlichen zunehmend rechte Orientierungen auszumachen seien. Unter Bezug auf Recherchen des Berliner Parteienforschers Richard Stöss und auf Ergebnisse seiner eigenen Dissertation bezifferte er einen Anteil von ca. 20 Prozent der Gewerkschaftsjugendlichen als latent anfällig für rechtsextreme Tendenzen. Mit Blick auf die von der Moderatorin aufgeworfene Frage, ob und wie auf diese Entwicklungen reagiert werde, verwies der Linzer Soziologe André Zogholy auf das spontane Engagement von Angestellten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Mit dem Argument, dass unsichere Beschäftigungsverhältnisse nicht so atypisch seien, wie lange Zeit angenommen, wurden etwa in Italien Protestaktionen in Supermärkten und auf zentralen Plätzen initiiert, die in ironisierender Form dem „heiligen St. Precario“ huldigten und so auf die Problematik der Arbeitssituation hinwiesen. Der Künstler Chris Müller verwies auf künstlerische Ausdrucksformen, etwa in Form von Theaterstücken, die es ermöglichten, das Thema ästhetisch zu verarbeiten. In der Diskussionsrunde herrschte hinsichtlich der Grundthese, dass die Auswirkungen der Globalisierung und eines zunehmenden wirtschaftlichen Wettbewerbs zu einem Anwachsen rechtsradikaler Tendenzen führen, erstaunliche Einmütigkeit. Allein die Frage der Gegenstrategien offenbarte deutliche Gegensätze. Während die einen eher auf Verfremdungseffekte und auf die Kunst als „Testfeld“ für Gegenreaktionen setzten, betonten andere die Notwendigkeit direkter politischer Aktionen, was nicht zuletzt auch eine stärkere Formierung von transnationalen Netzwerken erforderlich mache.

Bilanz und Perspektiven

In den Diskussionen über die einzelnen Referate der Linzer Tagung kamen zum Teil erhebliche inhaltliche Kontroversen zum Ausdruck. Zurückzuführen war dies nicht zuletzt auf die Unschärfen des der Tagung zugrunde liegenden Sammelbegriffs „Rechtsradikalismus“. Die Frage, welche der behandelten Erscheinungsformen nun als rechtsradikal, als faschistisch und als populistisch zu kategorisieren seien, bereitete den Konferenzteilnehmern erhebliche Probleme und konnte letztlich weder aus historischer noch aus sozialwissenschaftlicher Sicht zufriedenstellend geklärt werden. Zudem wurde der Einwand formuliert, dass „die“ Rechte nur bedingt eine Einheit darstelle. Ob man die in der Konferenz behandelten Erscheinungsformen allesamt unter dem Begriff des Rechtsradikalismus subsumieren könne, wurde von einer ganzen Reihe von Konferenzteilnehmern in Frage gestellt. Als definitorische Herausforderung erwiesen sich die aber auch die Kategorien „Arbeiterschaft“ und „Gewerkschaft“, die in starker Abhängigkeit zu den jeweiligen Sozialstrukturen stehen und bei zahlreichen Referaten nicht nur auf die Industriearbeiter bezogen wurden. Besonders umstritten war in diesem Zusammenhang die Sektion zum Siedlerwesen. Wiederholt wurde hier die kritische Frage aufgeworfen, ob Siedler überhaupt als Teil der Arbeiterschaft bezeichnet werden können.

Die abschließende Diskussion der Beiträge der 42. Linzer Konferenz machte indes auch deutlich, dass der hier unternommene Ansatz, übergreifende Entwicklungen zu identifizie-

ren, sowie diachrone und synchrone Vergleiche anzustellen, trotz gelegentlich fehlender Tiefenschärfe, den Blick für neue Sichtweisen eröffnet. Nicht zuletzt die Ausgangsthese, dass soziale Spannungen den Nährboden für den Erfolg rechtsextremer Gruppierungen bilden, konnte durch zahlreiche Belege und Verweise auf die 1930er Jahre erhärtet werden. Zugleich verdeutlichten die Diskussionen aber, dass auch weitere Kontextfaktoren zu beachten sind. Nicht zuletzt die spezifische Konstellation des nationalstaatlichen und ökonomischen Umfelds, aber auch sozialpsychologische Argumente spielten eine erhebliche Rolle für die Anfälligkeit oder die Resistenz von Arbeitern gegenüber rechtsradikalen Tendenzen. Aufgabe künftiger Forschung ist es, hier weiteren Aufschluss über das Zusammenwirken der einzelnen Faktoren zu erzielen, nicht zuletzt auch, um zu beleuchten, inwieweit das lange Zeit unter rechtsradikalen Bewegungen vorherrschende Feindbild des Kommunismus vom Feindbild der Globalisierung ersetzt wurde. Als akademisches Untersuchungsfeld scheint dieses Thema – nicht zuletzt mit Blick auf die Belastbarkeit und Leistungsfähigkeit von Demokratien – jedenfalls sowohl in konzeptioneller als auch in empirischer Hinsicht noch erhebliche Forschungsperspektiven zu bieten.